

Kh. M.

DER VÖLKERMORD AN DEN JUDEN

Tagung der Ernst-Bloch-Gesellschaft zum Verhältnis zwischen Religio
AG, 17. JUNI 2002

VON UNSEREM MITARBEITER
WILHELM FECHLER

zumal in Deutschland, die aus dem führte. Bloch scheute selbst
Massenmord der europäischen Juden Charakterisierung
herrührenden historischen Wunden tisch" im

Nachfrage nach Green-Cards geht deutlich zurück

BERLIN (afp). Angesichts der sch
chen Konjunktur in der Informa
ons- und Telekommunikationsind
trie schwindet in den Unternehm
der Bedarf an ausländischen Comp
ter-Experten merklich. Nach Inform
tionen der „Berliner Zeitung“ gab d
Bundesanstalt für Arbeit in den ve
gangenen sieben Monaten nur run
2000 der „Green-Card“ genannt
Aufenthalts- und Arbeitsberecht
gen aus. Damit sei das
gent über wei
Cards h

Wie Zeit 2, 6.6.02.

6 POLITIK

Rückschritt

Sachsen-Anhalt gilt als rückständig – aber in einem Punkt war es Vorreiter: Im Frühjahr 1999, als rechtsextremistische Gewalt anderswo noch verharmlost wurde, beschloss die PDS-tolerierte SPD-Regierung ein neues Konzept: Schluss mit hastig konzipierten sozialpädagogischen Sonderprogrammen für rechte Jugendliche, stattdessen politische Bildung und Förderung von demokratie-kompatiblen Jugendkulturen – langfristige Arbeit statt befristete ABM-Stellen. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen gründeten einen Trägerverein namens Miteinander, das Land bewilligte jährlich zwei Millionen Mark (ZEIT Nr. 7/00). Nach dem Wahlsieg von CDU und FDP droht nun das Aus: „Die einseitige Förderung politisch motivierter Vereine (z. B. „Miteinander e. V.“)“ werde eingestellt, heißt es im Koalitionsvertrag.

In der CDU war Miteinander von Anfang an verhasst. Einerseits passt ihr der – ehrenamtliche – Vereinsvorsitzende Hans-Jochen Tschiche nicht. Der ergraute DDR-Dissident ist das personifizierte schlechte Gewissen für die einstige Blockpartei, als grüner Fraktionschef im Magdeburger Landtag hat er sie stets mit scharfen Reden attackiert. Jetzt, endlich, kann man es ihm heimzahlen. Andererseits geht der CDU das gesamte Konzept von Miteinander gegen den Strich. Wer dezidiert gegen Rechtsextremismus auftritt, ist in ihren Augen bereits linksradikal.

... vier sachsen-anhaltischen Kleinstäd-
... in Regionalbüros. Sie sind
... gegen rechts sic

Haus Bardens
"Collage"
→ Reste.

Prag: Sieg für Sozialdemokraten

PRAG (afp). Nach dem Wahlsieg der regierenden Sozialdemokraten (CSSD) wird Tschechien voraussichtlich von einer Mitte-Links-Regierung in die Europäische Union geführt. Der designierte Ministerpräsident Vladimir Spidla sprach sich gestern in Prag für eine „vernünftige Regierungskoalition“ mit dem Bündnis von Christdemokraten und liberaler Freiheitsunion aus. Die Sozialdemokraten erhielten 30,2 Prozent der Wahlstimmen, die rechts-konservative ODS kam auf 24,47 Prozent. Ex-Regierungschef und ODS-Partei-Präsident Vaclav Klaus räumte seine Niederlage ein. Die kommunistische Partei wurde mit 18,51 Prozent überraschend drittstärkste Kraft, das zentristische Parteienbündnis landete mit 14,27 Prozent auf Platz vier. Die von Spidla favorisierte Mitte-Links-Regierung könnte im Parlament nur auf 101 von 200 Abgeordnetenitzen bauen. —Seite 3

PORTRÄTIERT

Wahlsieger Vladimir Spidla: Anwalt des kleinen Mannes

Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sei „eine Quelle des Friedens“ gewesen. Mit dieser Äußerung löste der designierte tschechische Regierungschef Vladimir Spidla im Mai einen Sturm der Entrüstung in Deutschland aus. Bis dahin war der unscheinbare 51-jährige außerhalb seines Landes kaum bekannt. Nach dem Sieg seiner Sozialdemokratischen Partei (CSSD) bei der Parlamentswahl am Freitag und Samstag wird er es sein, der Tschechien 2004 in die Europäische Union führt.

Spidla steht erst seit einem Jahr an der Spitze der CSSD, im April 2001 übernahm er das Amt von scheidenden Regierungschef Milos Zeman. Seither propagiert er einen „neuen Stil“ in der Politik. Spidla will der Anwalt des kleinen Mannes sein, der Fürsprecher der einfachen Leute. In jeder seiner Ansprachen ist die Rede von „Marktwirtschaft mit sozialem Anstrich“ und „menschlicher Solidarität“.



Vladimir Spidla

Als Spidla im Wahlkampf sein Wunsch-Kabine zusammenstellt, überging er bewusst einige Regeln. „Meine Regierung wird vor allem ehrlich sein“, sagt

Sozialdemokraten erwandern Parteiausschluss Wienands

BREMEN (afp). Dem wegen Korruptionsverdachts inhaftierten früheren SPD-Spitzenpolitiker Wienand droht der Parteiausschluss. „Wir werden sicher darüber zu reden haben, ob er Mitglied bleiben kann“, sagte SPD-Generalsekretär Müntefering dem Bremer Ex-SPD-Politiker Rütter und Müllner. Ex-SPD-Politiker Rütter und Müllner sind seit Donnerstag in Haft. Es geht um Schmiergeld in Millionenhöhe beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage. Müntefering bezeichnete das Verhalten des 75-jährigen Wienand, der letzten Jahre Geschäftsführer der Bundestagsfraktion war, als parteischädigend.

- Erneut Kritik von Reimann

woch. Er plädiert auch für gemeinsame Wahl der Dezerenten. Ex-SPD-Fraktionsmitglied Manfred Reimann bezeichnete die Personalregelungen unterdessen als „einvernehmliches Politikusgölze“. Dies lasse nicht einmal die Wahl der Dezerenten durch die Parteibasis zu. Die CDU bestimme „unseren Dezerenten“, mit, die Partei werde nicht mehr geteilt. Große Koalition mit klaren Vorgaben wäre der richtige Weg gewesen. „Ich bin Mitglied in der Fraktion“, erblieben. (ell)

Hast du schon jemals einen angetroffen, der sich zur Masse zählt? Ich nicht!
Hast du vielleicht schon einen angetroffen, der nicht verächtlich von der Masse spricht? Wahrscheinlich nicht

Doch seht ihr Leut': zusammen sind sie Masse, diese Individualisten.

S' wär' sicher gut, wenn die das endlich wüßten

(Beitrag für das pfälzische Jusokabarett, 1952).

18. 2. 2000

Wolfgang Thierse hat durchaus zu Recht (wenn man den landläufigen Gebrauch des Wortes 'Krise' nimmt) gesagt, daß die dramatischen Vorgänge in der CDU (die aber auch die anderen Parteien bewegen sollen) keine Krise der Demokratie in Deutschland bedeuteten. In einem anderen Sinn aber befinden sich die politischen und gesellschaftlichen Gruppen, die unsere Parteien und damit ganz wesentlich das "System" bilden, in einer tiefgreifenden Krise, d.h. in einer unausweichlichen Entscheidungssituation.

Ich will vorwegnehmen, was m.E. beide "Volksparteien" gleichermaßen betrifft: Das schubweise offenbar gewordene rechtswidrige System der Geldbeschaffung und -"Verwaltung" dient doch offenbar der unkontrollierten Entwicklung und Festigung der parteiinternen Macht etablierter Führungskliquen. Frau Merkel hat in einem Interview von einer "patriarchischen" Ordnung gesprochen, der man sich entziehen müsse. Das gilt vor allem (aber eben nicht nur) für die CDU, weil der Umfang der illegalen Manipulationen so ungeheuer viel größer ist als sonst im deutschen politischen Apparat, daß man von einer anderen Qualität reden muß. Aber auch in den anderen Parteien, auch in der SPD z.B., werden Tendenzen hin zu zentraler Regie verbunden mit –langsamer Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der "einfachen" Parteimitglieder erkennbar. Nur ein Beispiel: vorzeitige Veröffentlichung von Absprachen über Kandidaten oder Kandidatenlisten hindern die "disziplinierten" Mitglieder bei Abstimmungen im Rahmen von Satzungen und gesetzlichen Vorschriften ihrer persönlichen Entscheidung zu folgen. Das hat auch zur Folge, daß die Mitglieder dazu neigen, anzunehmen, daß man sie ja doch nicht brauche. Die Versammlungen werden immer schwächer besucht, so daß die "Mitwirkung" durch eine längst nicht mehr repräsentative Minderheit objektiv nicht mehr gewährleistet ist. - Die Erklärung der Funktionäre für dieses Phänomen trifft nur teilweise zu, ¹ nämlich die, daß die Leute durch ihre Fernsehgewohnheiten daran gehindert seien, ihre öffentlichen Pflichten wahrzunehmen.

¹ Nein: sie ist wenigstens teilweise heuchlerisch

Die wesentliche Ursache für die angedeutete Entwicklung hängt mit der tatsächlichen Art der Parteienfinanzierung zusammen. Meine These: Je mehr der Apparat einer Partei fremdfinanziert wird, desto mehr verliert die Mitgliedschaft an Bedeutung in der Einschätzung durch die Etablierten.

23. 2. 2000

Art. 21 GG statuiert das sog. "Parteienprivileg"

"(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit..."

Verständlich und im Sinne der Demokratie brauchbar ist diese Formulierung aber nur, wenn man sich über die Doppelnatur des Begriffes "Parteien" klar ist. Gemeint ist auf gar keinen Fall eine Privilegierung der Parteiexecutive, des Apparates!

Privilegiert werden sollen Staatsbürger, die die aktive Mitwirkung in einer Partei als staatsbürgerliche Pflicht ansehen.

2. 3. 2000

Gestern Abend sah ich im Programm "Phoenix" ein Interview (oder doch eher eine Unterhaltung) zwischen dem früheren Bundespräsidenten Herzog und Helmut Schmidt. Bei allem Respekt vor Herzog: Helmut Schmidt war doch eindrucksvoller, formal und sachlich souverän! Er war überzeugt, daß Demokratie nur als Parteiendemokratie realisiert werden könne, trat aber dafür ein, den Einfluß des Apparates zu begrenzen. Er kritisierte die absolute Abhängigkeit der Listenkandidaten und trat deshalb für ein Persönlichkeitswahlrecht (Mehrheitswahl!) ein (soweit möglich). Da erinnere ich mich an einen Parteitag in Bad Godesberg (1971), auf dem Helmut Schmidt anregte, über die Einführung von "Primaries" nachzudenken. Er empfahl die Parteienfinanzierung einzuschränken: Verbot, Spenden von juristischen Personen anzunehmen. Die Parteien sollten sparsamer mit ihren Mitteln umgehen auch mit dem Ziel, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder zu verbessern.

25. 3. 2000

Helmut Schmidt hat erneut in einem Artikel ("DIE ZEIT", 23.3.) seine 'Thesen zur Parteienstruktur und Parteienfinanzierung' wiederholt und präzisiert: "Tatsächlich ist nicht die Macht eines Bundeskanzlers von Übel, sondern die Verquickung der allzu großen Macht von Parteizentralen und Parteichefs mit der grundgesetzlichen Macht des Kanzlers"- "Die Wähler haben das gute Recht, über lange Jahre die gleiche Partei und Regierungsmehrheit zu wählen. Im Ergebnis jedoch wählen sie weitgehend die je-

weiligen Parteiführer und Parteizentralen: Diese sind es, welche mit ihrer Macht die Listenaufstellung für eine Bundestagswahl" (aber auch mancher Landtagswahl) "beeinflussen. Das für eine Hälfte aller Abgeordneten geltende Verhältniswahlrecht macht sie hinsichtlich ihrer Wahl und Wiederwahl von ihren Parteiapparaten abhängig; sie kämpfen weniger um "ihren" Wahlkreis als vielmehr um ihre Absicherung auf der Landesliste." Und: " De facto wird nicht der Abgeordnete, sondern die Liste gewählt. Es ist das in fast allen europäischen Demokratien geltende (in Deutschland nur unwesentlich gemilderte) Verhältniswahlrecht, das uns die Vielparteienparlamente und den Zwang zu komplizierter Koalitionsbildung beschert und damit zugleich die Macht der Parteiführungen der Koalitionsparteien zementiert. Nicht die Macht des Bundeskanzlers, sondern die Macht der Parteiapparate muß verringert werden: durch Beschränkung der Zulässigkeit von Spenden auf natürliche Personen und durch Verbot von Spenden durch Verbände und Firmen; durch ausdrückliche Entscheidung des Spenders darüber, ob er der Parteizentrale, der jeweiligen Landesleitung oder der lokalen Organisation des von ihm bevorzugten Wahlkreiskandidaten sein Geld zuwenden will; und durch Beseitigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit. Desgleichen ist die Erstattung von "Wahlkampfkosten" einzuschränken. Denn die immer oberflächlicher werdenden Materialschlachten dienen nicht der Aufklärung, sie sind Verschwendung von Steuergeldern. Die politische Klasse hat sich im Laufe der Jahrzehnte finanziell zu gut bedient. Der Habitus einiger Spitzenmanager hat abgefärbt: hinsichtlich des Aufwandes für ihre Werbekampagnen, aber auch hinsichtlich der Spenden und Bezüge."

(H.S.)

8. 5. 2000

Interessant: Nachdem Merseburger in seiner Schumacher-Biographie sich an mehreren Stellen mäßig abwertend über Herbert W. geäußert hatte, fordert ihn jetzt Klaus Harprecht (Redenschreiber Willy Brandts) auf, bei der geplanten Brandt-Biographie die Stasi-Unterlagen über H.W. zu veröffentlichen. Auch von Egon Bahr sind ähnliche Äußerungen bekannt.

Zwar kann ich mir kein endgültiges Urteil bilden, habe aber den Eindruck, daß hier nachträglich „grundsätzliche“ Auseinandersetzungen ablaufen, die ihre Wurzeln z.T. im persönlichen Bereich haben.

Und das Ganze - nachdem der Streit um die Veröffentlichung der Stasiunterlagen zum parteipolitischen Krieg (mit teilweise kriminellem Hintergrund) ausgeufert ist.

Nach jahrelanger fast freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Herbert muß ich sagen: er war, abgesehen von einer oder zwei (verständlichen) Eruptionen diszipliniert bis zur Selbstverleugnung. Das Äußerste, was er je mir gegenüber äußerte, hat mit meinem

"Stellvertreterprozeß" für W.B. zu tun. Als ich eines Tages direkt von der Gerichtsverhandlung in München nach Bonn fuhr, um ihn (W.B.) auf seine beabsichtigte Zeugenvernehmung zu informieren und der mich stundenlang warten ließ, sagte mir Herbert: "Hättest du mich vorher gefragt, hätte ich dir geraten, die Finger davon zu lassen; der läßt dich doch rücksichtslos fallen."

Reimann: Das mache ich nicht mehr mit

Rückzug aus Ausschuss – Sauer auf eigene Fraktion

► Manfred Reimann, SPD-Ratsmitglied und Ex-Bundestagsabgeordneter, hat gestern in der Sitzung sein Mandat im Bau- und Grundstücksausschuss zurückgegeben: aus „maßloser Verärgerung“ über die SPD-Fraktionspitze, wie er am Rande der Sitzung der Presse sagte.

Das „Herum-Eiern“ seiner Fraktion bei politischen Entscheidungen

nannte das SPD-Urgestein („Ich habe von der SPD schon mehr vergessen, als andere im Kopf haben“) als Hauptgrund für seinen gestrigen spontanen Schritt. M. Reimann



„Das mache ich nicht mehr mit“, machte sich Reimann Luft: über Fraktions-Chef Hans-Joachim Weinmann und Vize Ulrich Küppers, die gestern entgegen vorheriger Absprache in Sachen Decathlon-Ansiedlung plötzlich eine ganz andere Linie vertreten hätten: Weinmann hätte ein neues Gutachten zum Kaufkraftverlust auf den Weg bringen wollen, Küppers hatte Bürgermeister Wilhelm Zeiser aufgefordert, den Antrag der Verwaltung zurückzuziehen. „Die treten nebenbei auch noch dem Schulte in den Arsch“, sprach Reimann Klartext – vom Oberbürgermeister kam dieser Antrag.

Reimann machte deutlich, dass der Verlauf der gestrigen Sitzung das Fass zum Überlaufen gebracht habe, er sich schon vorher Gedanken darüber gemacht habe, hinzuschmeissen. „Vielleicht höre ich auch ganz auf“, wollte er nicht ausschließen, dass er bald auch sein Stadtratsmandat zur Verfügung stellen könnte.

Klarer als in Sachen Decathlon „hat noch nie eine Entscheidung auf dem Tisch gelegen“, sagte Reimann: einerseits die Koalition, die das Unternehmen nicht am Standort „Westlich B 9“ haben wolle, andererseits das Unternehmen, das in der Innenstadt keine Möglichkeit für sich sehe. „Diese Klarheit haben wir selber verwässert.“ Das „Nein“ sei nur um 14 Tage verschoben worden. So werde die SPD die nächste Kommunalwahl nicht gewinnen, glaubt Reimann.

Mit seiner Meinung über den „ökologischen Dienstleistungspark Westlich B 9“ hielt Reimann auch nicht hinterm Berg: „Das war von Anfang an Scheiße, und ich habe von Anfang an dagegen gemotzt. Das ist der unsinnigste Beschluss, den wir je gefasst haben: zentrumsrelevant oder nicht.“ (mk)

„Die Rh.-Presse“ 9. 5. 00.

12. 5. 2000 (an Günter Ramsauer).

Lieber Günter, ich, younger Statesman, oder besser: ich Rindvieh; oder wäre A ... richtig (mir sträubt sich die Feder, ich kann das A ... immer noch nicht ausschreiben). Da hab ich mich (ich Duckmäuser) ein Leben lang bemüht, "Parteidisziplin" zu wahren und muß am Ende feststellen: war alles falsch. Wenn Urgestein (bin ich sowas überhaupt?) nicht Scheisse ruft, hört niemand zu, schon gar nicht die "Rheinpfalz" (Lokalredaktion!). Nun, nach der ersten Information am Dienstag gab es im Kreis guter Freunde zunächst abwechselnd Tränen und Gelächter und die Annahme, das Problem werde sich vielleicht im Sinne einer Andeutung im Bericht lösen. Aber dann kam der Freitag mit der Wende. Wieso konnte ich das übersehen? Unser "Parteichef" Gün-

ter sah es: die verbalen Ausfälle waren nur ein Trick, der die Einheit der Fraktion sichern soll. - Aha!

Mit freundlichen Grüßen

Dein (und Euer ?) Hans

P.S.:Ich beginne erneut nachzudenken über den Sinn der kommunalen Selbstverwaltung

30. 9. 2000

Ich war nun einige Wochen lang so krank, daß ich mich nicht aufraffen konnte, etwas zu arbeiten. Nach einem fieberhaften Infekt und der Anwendung eines Antibiotikums war der Verdauungsapparat absolut funktionsunfähig: dauernder Wechsel zwischen wasserdünnen Durchfällen und absoluter Immobilität; Gewichtsabnahme, Lust- und Kraftlosigkeit. Schließlich wandte ich mich an den "Gastro-Enterologen" im Klinikum (müßte doch eigentlich zuständig sein). Ich war 3 Tage auf seiner Station ohne Effekt. So mancher Chef einer so großen "modernen" Klinik ist kein Arzt mehr; Techniker und (Werbe)manager ... Schließlich stellte sich (bei anderer Gelegenheit) heraus, daß der Katheder der Witzelfistel zu weit ins Duodenum vorgeschoben war und dadurch alles blockierte. Es gibt auch andere: ich möchte mich bei Dr.Calenborn, OA der HNO-Klinik, herzlich bedanken für seine menschliche Art, mit der er seinen Patienten begegnet. 1993, als ich nicht sprechen konnte, habe ich notiert: "Der ist die Seele der Klinik; war schon Oberarzt bevor sein jetziger Chef kam. Manchmal glaub' ich: der hält sich nur noch in der Klinik auf". (s.Gesprächsfetzen).

1. 10. 2000

Ich bin ein zutiefst überzeugter liberaler Demokrat; aber niemand kann mich doch daran hindern, in der Alltagspolitik die Sozialdemokratie in ihrer jeweiligen Form und ihrem manchmal recht unglücklich gewählten Führungspersonal zu unterstützen. Ich könnte mir auch eine sozial betonte liberale Partei als mein Arbeitsfeld vorstellen; aber: wäre das etwas anderes ?

Ich weiß, daß eine Utopie der Erlösung, der Befreiung der Menschen nur auf eine sozialistische Ordnung zielen kann; eine Welt, die allen Menschen den gleichen Anspruch auf Liebe zubilligt und sie frei macht zur Liebe. Ja, in diesem Sinne will ich Sozialist sein - aber darf ich dann alle meine Nächsten dazu zwingen, so zu träumen wie ich ? Aber: ich weiß auch, daß man nicht nur träumen darf, sondern auch handeln muß.

Die ideologisch verklärte machtpolitische Auseinandersetzung mit dem "Sozialismus" hat uns eine "Werteordnung" gebracht, die wir nicht auf Dauer hinnehmen dürfen. Der

europäische Humanismus und schließlich die Aufklärung haben uns Werte deutlich gemacht, die nur noch latent da waren; (siehe auch die Bergpredigt); Werte, die z.T. auch in unserem Grundgesetz als unmittelbar geltendes Recht eindrucksvoll dargestellt werden. Diese Werte wurden im Godesberger Programm voll aufgenommen ("Grundwerte des demokratischen Sozialismus"). Und sicher dachte auch Ludwig Erhard an das Grundgesetz, als er von der "sozialen Marktwirtschaft" sprach.

Nach der Auseinandersetzung mit dem undemokratischen, unmenschlichen, in vieler Hinsicht unsozialen System des sogenannten Sozialismus scheint aber der Respekt vor den Grundrechten zunehmend verloren zu gehen.

Die Menschenwürde als Grundrecht hat zwei Seiten:

Aus der Perspektive des Staates, der die Gesellschaft vertritt, heißt es, daß die Besonderheit des Individuums respektiert und geschützt wird, so lange die Menschenwürde anderer hierdurch nicht verletzt wird. Aus der Perspektive des Individuums heißt das aber auch, daß man sich selbst nicht verwirklichen kann, wenn man nicht auch mit aller Kraft für die anderen, "den Nächsten", da ist. Wer heute aber öffentlich von Menschenwürde und Grundwerten redet, riskiert "geoutet" zu werden. Jens Jessen schrieb in der "ZEIT" vom 28.9.2000 (und ich kann ihm nur uneingeschränkt zustimmen): "Es gehört zur tragischen Dialektik der westdeutschen Emanzipationsbewegungen, daß sie ihre Erfolge sogleich in das System einfügten und ihren menschenfreundlichen Antrieb ins Gegenteil verkehrten. Die sexuelle Befreiung hat auch die Liebe in den Warenverkehr eingepaßt. Selbst die Freiheit hat einen materiellen Begriff eingenommen ... Und in der Tat. Neue Monster wurden geboren. Der junge Unternehmensberater, der es gut und richtig findet, Angestellte über fünfzig auf die Straße zu setzen, der bei Steuerhinterziehung lebhaft hilft und seiner Freundin zur Abtreibung rät, damit sie in kein Karriereloch fällt, ist der eigentliche Erbe von 1968. Das heißt nicht, daß 1968 irgendeiner der enthemmten Wucherung des Spätkapitalismus vorarbeiten wollte. Aber all das, was unter Mühen während der siebziger Jahre durchgefochten wurde, wäre niemals gesellschaftlicher Konsens geworden, wenn es nicht dem System entgegengekommen wäre. Selbst der Klassenkampf, den die Achtundsechziger zu führen meinten, war ein Klassenkampf im Sinne des Kapitals. Indem sie die Bildungsschwellen so weit heruntersetzten, daß sie vom Kleinbürgertum genommen werden konnten, ließen sie einen Typus von Aufsteigern entstehen, dessen unverbrauchte Beißenenergie am ehesten dem entspricht, was in Stellenanzeigen als "dynamisch" und "durchsetzungsstark" gefordert wird." Natürlich ist Leistungsbereitschaft nötig, wenn etwas geschaffen werden soll. Wenn aber "Leistungsbereitschaft" und purer Egoismus als sich gegenseitig bedingend, teilweise fast als Synonyme gebraucht werden (was heute bei uns unterschwellig aber doch recht allgemein praktiziert wird), wird die Demokratie zur reinen Formsache reduziert.

Dezember 2001

Inzwischen war ich durch das Fortschreiten meines körperlichen Defektes wieder fast ganz von versuchsweisem Denken und Schreiben abgehalten. Vor 1 1/2 Wochen wurde ich erneut operiert, eigentlich gegen meinen Willen, mit (wie ich meine: miserablen Ergebnis). Jetzt bin ich zusätzlich stumm und muß mich den ganzen Tag bemühen, die Atemwege halbwegs frei zu halten. Als ich einen der Chefs fragte, warum sie das gemacht hätten, sagte er:... 'hätten wir zusehen sollen, wie sie ersticken?' - Nun, so erstick ich halt jetzt unter erschwerten Umständen. Nächstenliebe war das keine! Heute früh sagte mir OA Calenborn, die Operation sei wieder schlimm gewesen; sie hätten mit einer Co₂-Narkose (Hypokapnie) zu kämpfen gehabt, aber es sei schließlich nocheinmal gut gegangen (s.oben).

25. 12. 2001

Zunächst (und das hat mit "Glauben" noch nicht viel zu tun): Glaube (Religion) ist offenbar ein Konstituens des Menschen an sich. Ob dies ein primäres Element im Komplex Mensch ist - oder ob erst Furcht, auch die (eher unbewußte) Einsicht in die Unerklärbarkeit der Welt mit "diessseitigen" Mitteln und Methoden zu Erklärungsversuchen in anderen Empfindungsbereichen drängt ? Nein, was das Glauben den Menschen zu einer Lebensvoraussetzung macht ist mehr. Da ist z.B. die gemeinschaftbildende Wirkung, wenn Gruppen von Menschen im "Glauben" Sicherheit finden.

Dietrich erzählte mir, er sei von einer Gruppe rußlanddeutscher Omas zu deren Adventstreffen eingeladen worden. Sie erlebten Advent so, wie sie und ihre Vorfahren dies auch in Rußland erlebt haben: inbrünstiges Singen, lange Da beginne ich zu ahnen, was diese Menschen in schrecklichen zaristischen und stalinistischen Zeiten am positiven Leben gehalten hat. Wirklich demütige Gemeinschaft (die die großen Kirchen und Verbände oft nicht mehr zu bieten haben) gibt Geborgenheit und Hoffnung. Aber: da gibt es doch die in "Gemeinschaft" verübten Grausamkeiten wie Krieg, Terrorismus, Hinrichtungen, die offenbar seit Bestehen der Welt begangen wurden (und werden) und für die mit "Glaubensgründen" viele Menschen mobilisiert werden. Dieser Mißbrauch des Glaubensbedürfnisses der Menschen ist sicher die Sünde schlechthin, selbst wenn Gebrauchsanweisungen auch in den "heiligen Schriften" zu finden sind.

Wir müssen dauernd und allgemein die Doppelnatur der Welt denken und das Wissen über sie auch verbreiten. Das wird schon seit einigen zehntausend Jahren versucht, aber ohne Ergebnis sagen viele. Schon wahr, aber wie sähe es aus, wenn es diese Versuche nicht gegeben hätte. - Leben wir zum Zwecke der Zwecklosigkeit ?

Januar 2002

E I N N E U E S J A H R . . . haben wir angefangen; vielleicht, so denken wir, wird dieses Neue Jahr für die Menschen besser als das Alte. Dabei übersehen wir aber, daß "das Jahr" und sein Inhalt nicht einfach entstehen, sondern von Menschen (letztlich eben auch von uns) gemacht wird.

Aber, wird mancher sagen, ich und viele andere - wir haben uns doch bemüht! Da muß man zurückfragen: wie sähe es denn aus, wenn sich nicht so viele Menschen guten Willens bemüht hätten; wenn nicht doch viele dem wichtigsten Gebot gefolgt wären, nämlich für die anderen da zu sein?

Der Ludwigshafener Philosoph Ernst Bloch nennt sein Hauptwerk das "Prinzip Hoffnung". Folgen wir ihm!

20. 1. 2002

Die Doppelnatur der Welt ist evident. Ich habe immer wieder versucht, mir selbst klar zu machen, wie das ist mit dem "Diesseits" und dem "Jenseits". Frau Sauer, unsere Deutschlehrerin im Abiturlehrgang für Kriegsteilnehmer, gab uns als Aufsatzthema den Satz aus Goethes "Wilhelm Meister": "Der Mensch muß in dem Glauben verharren, daß das Unmögliche möglich sei, sonst würde er nicht forschen." Das überzeugte mich; denn der Satz sagt doch auch, daß es sinnvoll sei, sich anzustrengen, auch wenn man seine eigene Begrenztheit annimmt. Als optisches Modell dazu nahm ich die Asymptote. Wenn ein Punkt auf der A. bewegt wird, verändert er seinen Abstand zur Kurve (z.B. Hyperbel), ohne die Kurve allerdings erreichen zu können. Es gibt nur eine Position im Unendlichen, wo Kurve und Asymptote sich treffen. Das wissen wir, können aber den Vorgang nicht beschreiben, weil er im Unendlichen abläuft. Übertragen auf die Lebenspraxis heißt das doch: es ist richtig, sich zu bewegen in Richtung auf das Unerreichbare, denn die Distanz wird allemal geringer. Augustinus wird der Satz zugeschrieben: "Wisse um glauben, glaube um wissen zu können". oder Kant: "...die reine Wahrheit ist nur bei dir allein." Dem widerspricht natürlich die Praxis der organisierten Religionsgemeinschaften, soweit sie autoritär strukturiert sind mit ihrer Dogmenverkündung, deren Respektierung mit harten disziplinarischen Mitteln durchgesetzt wird. Diese Art Bindung ist aber nur bei Verzicht auf jedes Fragen möglich. (Dostojewski: "Der Großinquisitor").

Paul Tillich (die sozialistische Entscheidung, 1933) schreibt dazu: "... ewiges Leben ist nicht endlose Fortdauer, wie Ewigkeit nicht endlose Zeit ist. Im Grund und Ziel alles Seins ist unsere Zeitlichkeit aufgehoben."

"Religion" ist unverzichtbar, weil sie ein Prozeß der Integration ihrer rationalen Fundamente (unbegrenztes Jenseits, das zugleich das Absolute, das totale Universum

ist) mit der ganz diesseitigen, auf Verstehen beruhende Schaffung und Akzeptanz eines Katalogs von "Menschenrechten", von "Grundrechten", die allen Menschen zustehen und nur durch Liebe realisierbar sind.

"Der Mensch ist gut in der Einheit von Geist und Leib, die für die christliche Hoffnung auch ewige Gültigkeit hat. Und was vom Menschen gilt, das gilt von allen Teilen des Universums; sie sind gut, wie der Mensch gut ist, der aus ihnen hervorgegangen ist. Das ist der Hintergrund der christlichen Hoffnung. " (Paul Tillich, "Die christliche Hoffnung und ihre Wirkung in der Welt.")

"Daher ist es unchristlich, wie es unjüdisch und unislamisch ist, die Materie dem Geist gegenüberzustellen. und den Geist gut, die Materie schlecht zu nennen." (aus: "Die Hoffnung unserer Zeit", Piper 1963).

3. 2. 2002

War erneut im Krankenhaus (Entlassung am 3.2.) wegen "Metastase eines Plattenepithel-Ca re.Axilla". Außerdem wurde die Witzelfistel verlegt, nachdem die alte Austrittsstelle dick entzündet war durch das Zusammenwirken von Magensaft und exogener Infektion. Alle waren freundlich (wie fast immer). - Aber: OA Calenborn sagte nach der OP.: "Wir hatten eine Mordsarbeit mit Ihnen wegen ihrer CO 2- Narkose." Hätten sie die CO 2- Narkose nur gelassen. Sanfter und freier hätte ich nicht sterben können und werde ich auch nicht sterben dürfen.

4. 2. 2002

Gestern Abend haben wir einen Bericht über die Katastrophenfolgen am Mont-Blanc-Tunnel gesehen und uns zu Recht erregt, weil die Wirtschaftsinteressenten sich einen Dreck um die Einwendungen der Sicherheits- und Umweltexperten kümmerten. Die Sache ist aber etwas komplizierter. Vor den letzten nationalen Wahlen in Frankreich haben die Sozialisten angekündigt, sie wollten den Rhein-Rhone-Kanal ausbauen, um Nord-Süd-Güterverkehr besser (und gesünder) bewältigen zu können. Darauf organisierten die "Umweltschützer" eine spektakuläre "Bürgerinitiative", die schließlich Erfolg hatte: die Politiker bekamen Angst (Wahlen!). Ein Vertreter der Basler Chemie-Industrie sagte damals, sie könnten ihren Transportbedarf voll per Schiff decken; das würde allein für Basel täglich 150 LKW sparen. Im übrigen hätte der Kanalausbau für die industriellen Ballungsräume Lyon - Basel -Straßburg und Mannheim-Ludwigshafen eine enorme Standortverbesserung gebracht.

6. 2. 2002

Entdeckte ich zufällig in der "Rheinpfalz" folgende winzige Anzeige:

"Kurz notiert. 1.2.02. Im Rahmen des Projekts "Utopien heute beginnt am Donnerstag, 19,30 Uhr, im Ernst-Bloch-Zentrum, Walzmühlstraße 63, ein Gespräch mit Friedrich Schorlemmer (Lutherstadt Wittenberg) und Professor Rainer Zimmermann (Fachhochschule München)". Wir versuchten sofort zu erfahren, wer von unseren "wichtigen Genossen" die Gelegenheit wahrnehmen wollte, um mit Friedrich Schorlemmer über das enorm wichtige Thema "Prinzip Hoffnung" ins Gespräch zu kommen. Niemand wußte etwas und einer sagte gar, ich solle mich nicht anstrengen, das finde doch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. - Von wegen! Ich ließ mich hinfahren, um Sch. einige Gedanken zum Thema wenigstens schriftlich zu hinterlassen. 1.) Die Räume des "Bloch-Zentrums" waren gefüllt. Nach meiner Einschätzung waren es weit überwiegend junge Leute (wahrscheinlich Studenten), über deren Abwesenheit die "Genossen" dauernd jammern. 2.) Auch Klaus Staek war da (über dessen Mithilfe unsere Apparat-Genossen vielleicht noch froh wären); er hat sich offensichtlich gefreut, daß er mich kurz begrüßen konnte.

Ich verstehe die Parteioberen nicht, daß sie von einer solchen Chance keine Notiz nehmen! Kommt Schorlemmer und keine Sau kümmert sich

14. 2. 2002

Der Gebrauch von "Gewalt als politisches Instrument" nimmt offenbar weiter zu. Regierungen und Quasi-Regierungen von (und das sind nur Beispiele) Pakistan über Afghanistan, Persien, Irak, Israel, Palästinenser und die USA wenden Gewalt in kriegsähnlichen Auseinandersetzungen an mit der Begründung, Frieden und Freiheit sichern zu wollen. Dabei wird (bewußt?) übersehen, daß zum Abbau und zur Vermeidung von Ungleichgewichten, von Spannungen die Aggression auslösen, auf andere Weise wahrscheinlich besser beigetragen werden kann (z.B. die Bergpredigt).

1968 wurde ich in Jerusalem von Journalisten gefragt, was man nach meiner Meinung tun könne, um Frieden mit den Arabern halten zu können und ich sagte, man müsse helfen, die enormen sozialen Probleme in der Palästinenser-Gesellschaft zu lösen. Darauf war leider die Antwort der Mehrheit meiner Interviewpartner: "Was gehen uns die sozialen Probleme der Araber an?". Ich meine bei aller notwendigen Zurückhaltung: So kommen wir nicht weiter. Übrigens: der Abbau der enormen Spannungen in dieser Welt ist sicher eine Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie.

19. 2. 2002

Ich will nicht ungerecht sein, aber ich habe einige Sorgen, was die Europa-Orientierung von G.Schröder angeht. Natürlich sind alle Mitglieder der EU gleichberechtigt; aber einige sind wichtiger! In wenigen Monaten wird in den zwei wichtigsten Staaten Europas gewählt. In beiden Ländern (Frankreich und Deutschland) regieren mit großen Schwierigkeiten aber nicht ohne Erfolg Sozialdemokraten. Sie könnten zusammen wieder eine wesentliche europäische Zentralkraft bilden (die halbe Welt wartet auf eine vernünftige Alternative zu G.Bush). Dazu müßte sich unsere Regierung etwas mehr zentral und westeuropäisch orientieren. Vielleicht versuchen die deutschen und französischen Sozialdemokraten wenigstens regional und lokal etwas mehr Zusammenarbeit.

20. 2. 2002

Der Streit um die "Zuwanderungsgesetzgebung", die Ideenlosigkeit der Opposition und die übervorsichtige Ängstlichkeit der Regierung, wenn es um notwendige Steuer- und Sozialreform geht, erinnert stark an die Situation vor 4 Jahren, Manche aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis rechneten damals mit einer großen Koalition - natürlich zeitlich begrenzt weil nur so die notwendigen Reformen in Gang gebracht werden könnten. Dann kam ein Wahlergebnis, das wiederum von vielen als Wählerauftrag für eine "rotgrüne" Koalition gedeutet wurde (war auch mir nicht unsympathisch). Aber objektiv gesehen war das falsch.

Die Union ist noch schwächer, vor der nächsten Wahl nur auf ihre "Stammtischgesellschaft" fixiert. Die SPD war durch hundert unpraktische Einwendungen des viel zu sehr ideologisch fixierten "Partners" am Regieren gehindert. Wir stehen schon wieder vor einer Wahl mit den gleichen Problemen wie vor 4 Jahren. Auf Dauer hilft nur: wenn nötig eine große Koalition (temporär) und evtl. eine Verlängerung der Legislaturperiode (s.Helmut Schmidt). Oder: mehr Mut

Die "RHEINPFALZ":

"Die Taktierer. (von Hartmut Rodenwoldt.) Die erste parlamentarische Hürde hat das neue Zuwanderungsgesetz gestern im Bundestag genommen. Es kann gut sein, daß es die vorerst letzte war. Jedenfalls in dieser Legislaturperiode.

Denn es geht längst nicht mehr um die Sache. Niemand wird ernsthaft bestreiten, daß es sinnvoll wäre, das Zuzugsrecht von Ausländern an den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft zu orientieren -ungeachtet dessen, ob man Einwanderung stärker fördern oder eher einschränken will. Ebenso ist nicht plausibel zu erklären, welche Vorteile das derzeit herrschende Durch- und Nebeneinander verschiedener Sta-

ti wie Aufenthaltsgenehmigung, -erlaubnis, -berechtigung, -bewilligung, -befugnis oder -duldung für Ausländer gegenüber einem Zuwanderungsrecht aus einem Guss haben soll.

Auch die Union weiß natürlich, daß das geltende Recht reformiert werden muß. Aber die Behauptung, bei vier Millionen Arbeitslosen brauche Deutschland keine Zuwanderung, läßt sich als schlagendes Wahlkampfangument einsetzen. Dieser Versuchung können CDU und CSU nicht widerstehen. Deshalb wird die Union alles daran setzen, das Zuwanderungsgesetz am 22. März an der zweiten parlamentarischen Hürde, dem Bundesrat, scheitern zu lassen. Die Union mißbraucht die Zuwanderungsfrage für ihren Bundestagswahlkampf."

2. 3. 2002

Die "Rheinpfalz" im Rahmen der Berichterstattung über Debatte und Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz: "Die CDU-Abgeordneten Geißler, Süßmuth und Schwarz-Schilling begründeten ihre von der Unionslinie abweichende Zustimmung damit, daß Deutschland Zuwanderung auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten brauche und der jetzige unbefriedigende Zustand beendet werden müsse." - Ich hätte gern Herrn Geißler gegenüber meinen Respekt ausgedrückt; aber dann wäre wahrscheinlich wieder mir billiges parteipolitisches Denken unterstellt worden (ausgerechnet mir, der ich bei wesentlichen Gesetzgebungsverfahren mehrfach aus Gewissensgründen abweichend von meiner Fraktion abestimmt habe; hat mir übrigens nie jemand übel genommen, der Rang und Ansehen hatte.).

Im "Vorwärts" (3/2002, S.27) wird über den "sechsten 'Politik- und Philosophie'-Kongreß des SPD-Kulturforums berichtet. Frau Marta C.Nußbaum, Philosophie-Professorin aus Chicago präsentierte ... ihre Idee einer "aristotelischen Sozialdemokratie." Sie versucht mit ihrem Vorschlag ein allgemeingültiges kultur- und religionsübergreifendes Wertegebilde zu schaffen, auf das sich eine moderne SPD in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik stützen könnte. Schließlich greife der Vorwurf eines christlichabendländischen Kulturimperialismus hier nicht. Aristoteles: "Ausgehend von der Zeit, die ewig und stetig, aber an einem bewegten Körper ist, muß eine solche Bewegung ewig sein. Aber auch dieses ewig Bewegte bedarf einer Ursache, eines ersten Bewegenden, das selbst von nichts anderem mehr bewegt wird; dies ist Gott, das sich selbst denkende Denken und Voraussetzung allen Seins."

7. 3. 2002

Es scheint eine alte Unsitte in unserem Wohlstandsland zu sein, über diesen "Wohlstand" auch noch zu jammern. Umgekehrt ist keine der zahlreichen Inter-

essengruppen bereit, neben der Kritik an allen anderen Interessen einmal zu überlegen, ob es nicht sinnvoll sein könnte, die eigenen Interessen einmal zu hinterfragen. Es ist offenbar keine Bereitschaft da, zu akzeptieren, daß auch die Gemeinschaft Interessen zu vertreten hat, die der Allgemeinheit dienen. Ja: die Sicherung des persönlichen Eigentums oder des Anspruchs auf einen das persönliche Prestige sichernden Demonstrativ-Luxus-Urlaubs: das könnten noch Gemeinschaftsaufgaben sein. Dieser demokratiewidrige Egoismus ist inzwischen sehr breit angelegt. 1993 habe ich notiert: "Die linken Radikalen von 1968 sind inzwischen wohlhabende Spießler, die vom Staat alles erwarten, ihm aber nichts geben wollen." ("Collage").

aus "DIE ZEIT", 7.3.2002:

"Als Berlins neuer rot-roter Senat jetzt beschloß, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst der Pleitenstadt um 30 Minuten pro Woche, also 6 Minuten pro Tag, zu verlängern, folgte der Bannfluch des Berliner DGB-Chefs Bernd Rissmann postwendend: 'eine einzige Schweinerei und unterstes Niveau.' Der Mann beschrieb damit nicht nur seinen eigenen politischen Seelenzustand, sondern den seiner Nation."

29. 3. 2002

Letzte Woche ist (102 Jahre alt) Hans-Georg Gadamer verstorben. Er hat, glaube ich, mich ein wenig geprägt. Ich durfte ihn mehrfach hören und habe auch einiges gelesen. Man kann nur hoffen, daß nach seinem Tod seine Arbeit nicht vergessen wird.

"Das ist es, worauf Gadamers Lehre des Verstehens beharrt: auf der Verwandlung von primitiver Äußerlichkeit, einschließlich Krankheit und Elend, Tod und Gewalt, in Sprache und Kultur. Auch unter politischen Gesichtspunkten ist diese Philosophie enorm aktuell. Sie setzt nämlich Verständigung und Dialog gegen den autoritären Anspruch auf absolute Wahrheit; sie öffnet uns die Augen für einen gefährlichen Naturalismus, der auf der politischen Bühne große Konjunktur hat. Denn nicht nur der Rassismus ist ein Naturalismus; auch das blinde Vertrauen in die unsichtbare Hand des Marktes und vor allem die Idee, daß "natürliche" Ungleichheiten genutzt werden sollten, um "Entwicklung" durch Wettbewerb zu fördern, ist eine Art Naturalismus. Es war Gadamer, der uns gezeigt hat, daß solche Ungleichheiten zu jenen scheinbaren Objektivitäten zählen, die wir verwandeln müssen: in Sprache und Kultur, in eine Gesellschaft der Solidarität.

Gianni Vattimo. (Gianni Vattimo lehrt Philosophie an der Universität Turin und hat Gadamers Werk in Italien einem breiten Publikum vertraut gemacht. Aus dem Italienischen von Antonella Romeo.)

Am letzten Sonntag (21.4.2002) fanden in Europa drei Wahlen statt, deren Ergebnisse für die weitere politische Entwicklung in der EU einige Bedeutung haben werden.

Da war einmal die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, die für die Sozialdemokraten schrecklich verloren ging; die CDU bekam rd. 13% mehr Stimmen als die SPD und selbst die PDS (die Tarnkommunisten) überholte die SPD. Die "Liberalen" kamen mit rd.13% nach acht Jahren zum ersten Mal wieder ins Parlament. - Sicher spielte eine wesentliche Rolle die Kooperation der SPD mit den Kommunisten. Die immer noch schlechte Wirtschaftslage verbunden mit der hohen Arbeitslosigkeit (in Sachsen und Thüringen, wo die CDU regiert, ist es nicht besser) prägte sicher die allgemeine Stimmung mit. Daneben war aber auch die (nüchtern)-resignative Haltung unserer führenden Leute im Land eine Teilursache für die Abwendung der Wähler.

Die allgemeine "Politikverdrossenheit", die ihre Ursache in Struktur und Selbstdarstellung der Parteien und ihrer Führungscliquen hat, ist sicher der wesentliche Grund für die geringe Wahlbeteiligung. Wenn die das nur selbst auszubaden hätten, könnte man mit Stirnrunzeln resignieren. Aber: da geht einiges an die Wurzeln der Demokratie; da wird es gefährlich. Da wird der Welt verkündet, allein die "freie Wirtschaft" garantiere die Demokratie, und in den Heimatländern des Neoliberalismus zerbröckelt die Demokratie.

Noch eine Anmerkung für die Sozialdemokraten: die Arbeiter haben (soweit sie wählen gingen) der CDU mehr als doppelt so viele Stimmen gegeben als der SPD.

Ähnliche Prozesse (mit vorerst noch unterschiedlichen Fähnchen) spielen sich ja in Österreich, Italien, ja sogar in Dänemark ab.

Als Matteotti kurz vor seiner Ermordung in einer Versammlung in Deutschland vor dem Faschismus warnte, wurde er schallend ausgelacht.

Am letzten Sonntag wurde auch in Frankreich gewählt; erster Wahlgang zur Wahl des Staatspräsidenten. Ergebnis: der Kandidat der Faschisten, Le Pen, erhielt die zweitöchste Stimmzahl knapp hinter dem konservativen Staatspräsidenten J.Chirac. Die Arbeiter (und die "kleinen Leute" überhaupt) blieben zu Hause oder wählten überwiegend Le Pen. Die Sozialisten, die sozialen Demokraten, waren mutlos und zersplittert (5 Kandidaten); jetzt müssen sie zähneknirschend im 2. Wahlgang konservativ (nicht liberal !) wählen, wenn sie vorerst die demokratische Republik retten wollen.

Die Ungarn haben bei ihren Parlamentswahlen sozial-liberal gewählt. Gratuliere ! Hoffentlich werden sie nicht traurig sein müssen, wenn sie das aktuelle europäische Parteiensystem kennen lernen.

Daß ich nicht falsch verstanden werde: ich resigniere nicht. Es gibt genug ernstzunehmende Vorschläge und Anregungen (man denke nur an die zahlreichen Vorschläge von Helmut Schmidt, aber auch aus dem Bereich der Wissenschaft und von vielen po-

litisch engagierten "einfachen Leuten", die wissen, daß wir die Demokratie brauchen, wenn wir Frieden, Freiheit und das notwendige materielle Fundament für die Familien sichern wollen).

Nicht Rückzug ins "Privatleben" will ich predigen, sondern Optimismus, ständig neuen Anfang; Orientierung am "Prinzip Hoffnung". In letzter Zeit wird wieder vermehrt über das Stichwort "Regionalisierung" diskutiert. Das ist verständlich, weil die nachgeordneten Gebietskörperschaften durch die Gesetzgebung der Vorgeordneten (in Deutschland Bund und Länder) immer mehr in ihrer Gestaltungsfreiheit und in ihren materiellen Möglichkeiten eingeengt werden. Der Bund und die Länder (soweit ihnen die Verfassung den Spielraum läßt) beschließen Leistungsgesetze, die von den Gemeinden der verschiedenen Ordnungsstufen ausgeführt und das heißt auch finanziert werden müssen. Dadurch wird die regionale Gestaltungsfreiheit massiv eingeschränkt. Auch das Satzungsrecht der Städte und Gemeinden ist recht eng begrenzt. Man könnte auf Vertragsgrundlage eine Satzungsgebende Körperschaft z.B. für das Rhein-Neckar-Dreieck bilden. Ihre Beschlüsse würden aber zum größten Teil nur nach Ratifizierung durch drei Landtage bindend. Häufig wird darauf verwiesen, daß unsere förderalistische Verfassung die Wahrnehmung regionaler Interessen und Vorhaben ermögliche.

Das stimmt so nicht !

Unsere deutsche Form des Förderalismus ist wohl immer noch nötig und hat ihre historischen Wurzeln. Das mittelalterliche Reich war aus vielen Gebiets Herrschaften zusammengesetzt, und hatte die Funktion, die Zentralmacht zu legitimieren und in gewissem Umfang zu kontrollieren; auch eine gewisse legislative Funktion hatten die Herrschaften im Reich auf den Reichstagen. Zentralistische Legislative und Administration waren stark eingeschränkt. Solchen Zentralismus hat es trotz mancher Schwankungen in Deutschland eigentlich nur im sogenannten Dritten Reich gegeben.

Das alles sagt aber noch nichts über die Möglichkeiten wirklicher Regionalpolitik. Unsere Verfassung enthält keine Elemente, die regionale Planung und Gestaltung legitimieren und unterstützen könnten. Trotzdem: Unsere Form des Förderalismus hat ihre bedeutende Geschichte und ist sicher noch lange nicht reif zur Abschaffung. Wir sollten uns Gedanken machen über notwendige Reformen (aktuell: das Abstimmungsverfahren im Bundesrat). Für die Entscheidung über weitere Veränderungen von Verfassungsstrukturen sollte man sehr sorgfältig Wachstum und Entwicklung Europas beobachten. Es ist durchaus denkbar, daß in naher Zukunft auch klassische nationale Grenzen überschreitende Regionalkörperschaften entstehen müssen, um regionale Bedürfnisse zu gestalten und Regionalplanung zu ermöglichen. - Durch gesetzgeberische Gewaltakte wird das nicht gehen; schon der Versuch könnte Europa sprengen. Aber das geduldige Kontakthalten, die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, die Kooperation der regionalen Wirtschaft und der kommunalen Körperschaften

in der Region und auch neue Kooperationsformen in und zwischen den demokratischen Parteien der Region sind notwendig.

Da werden sicher einige einflußreiche Positionen an Bedeutung verlieren; aber es werden auch neue sinnvolle Arbeitsfelder entstehen.

29.4.2002

Selbst die Neoliberalen, soweit sie noch auf literarische Bildung Wert legen, berufen sich gerne noch auf Friedrich Schiller. Das ist genauso falsch und unzulässig wie die Behauptung, daß absolute Gesetzlosigkeit (z.B. am Markt) die Voraussetzung der Freiheit sei (weshalb man inzwischen auch nur noch von der "freien Marktwirtschaft", nicht mehr von der "sozialen Marktwirtschaft" spricht). Dazu Schiller: "In einem solchen Falle, wo der Mensch dem Triebe nicht blos freien Lauf l i e s e , sondern wo der Trieb diesen Lauf selbst nähme würde der Mensch auch nur Tier sein...". "Wendet sich nun der Wille wirklich an die Vernunft, ehe er das Verlangen des Triebes genehmigt, so handelt er sittlich; entscheidet er aber unmittelbar, so handelt er sinnlich...". "... denn aus Begierde wollen heißt nur umständlicher begehren." (Schiller: "Über Anmut und Würde"). Übertragen in die politische Aktualität heißt das doch auch: wer im Raum des nur ökonomisch (d.i.sinnlich) begründeten weltanschaulichen Globalismus agiert, zerstört millionenfach die Chance für Freiheit und Leben. Dem Nächsten, dem größten Teil der Menschheit also, wird durch Erpressung die Chance, sittlich frei leben und handeln zu können, genommen. Den einen wird mit der Konkurrenz der "Billiglohnländer" gedroht, den anderen damit, daß man sie fallen lassen könnte; man munitioniert ihre Diktatoren, damit sie kuschen und "brav" bleiben.

Um nicht falsch verstanden zu werden: es gibt keinen Zweifel daran, daß Technik und Wirtschaft entwickelt werden müssen; daß überflüssige Bürokratie verdrängt werden muß; dabei muß die Politik wieder aktiv und sachgerecht mitwirken. Dieser Prozeß muß so frei ablaufen, daß Arbeiten und Wirtschaften als sittliche Prozesse erkennbar bleiben.

Ich war schon immer ein Gegner der Gewaltanwendung gegen Menschen, aber auch der unnötigen Gewalt gegen andere Teile der Schöpfung. Ich habe mit dieser inneren Begründung auch gegen die sogenannte "Notstandsverfassung" gestimmt (1968). Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob ich heute wieder so entscheiden würde. Noch erinnere ich mich, daß meine Eltern in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehofft haben, daß der Völkerbund zu einer Art Weltregierung und damit zu einer Weltpolizei werden sollte. Zur Zeit nähern sich die Vereinten Nationen einer solchen Funktion; aber auch im Inneren werden menschliche Gemeinwesen zunehmend durch ungesetzliche Gewalt bedroht. Wirklich demokratischen Staatswesen und Staatsverbänden muß man in dieser Welt das Recht (und die Pflicht) zugestehen, den einzelnen Bürger und seine legitimen Rechte zu schützen und gegen Aggressionen von außen zu

verteidigen. Dabei muß äußerste Sorgfalt die Klinge führen (wer definiert und präzisiert was Demokratie ist; man denke z.B. an die "Volksdemokratien").

Mit der rücksichtslosen Anwendung "polizeilicher Gewalt mit militärischen Mitteln" wie auch mit dem Einsatz pseudoreligiöser Gewissenszwänge ist diese Welt nicht in Ordnung zu bringen. Dazu kommt noch eine illegitime Gewalt: der Handel mit der Neigung des Menschen zur Sucht. Es ist schon so: ohne den Einsatz sittlich kontrollierter Gewalt läßt sich die Welt nicht befrieden.

Schlimm ist aber, daß bei aller moralischen Rechthaberei wichtige Ursachen für die Gewaltbereitschaft von Menschen aus dem Bewußtsein verdrängt werden. Die häufigste Ursache für Gewalt durch Menschen ist die Armut. Es tut mir weh, an dieser Stelle noch einmal auf ein Erlebnis in Tel Aviv hinweisen zu müssen. Auf meine Rückfrage während einer Pressekonferenz (1968), was man gegen die schreckliche Armut unter den Palästinensern tun wolle, bekam ich von der Mehrheit der Anwesenden die Antwort: "Was geht uns die Armut der Araber an?" Ich bin sicher, man bekäme eine entsprechende Antwort, wenn man Europäer nach der Armut zentralafrikanischer Völker fragen würde.

Vor jeder Anwendung von Gewalt sollte noch einmal ein Satz von Friedrich Schiller gelesen werden: "Der bloß niedergeworfene Feind kann wieder aufstehen, aber der versöhnte ist wahrhaftig überwunden."

(F.Sch.: "Über Anmut und Würde").

Selbst die grundsätzlichen Positionen müssen immer wieder in Frage gestellt werden. Als junger Mensch habe ich angenommen, daß solche einmal als richtig erkannte Positionen mit allem Nachdruck vertreten und verteidigt werden müssen. Es braucht die Erfahrung eines langen Lebens, um zu erkennen, daß wir auch unsere "absoluten" Positionen unbedingt regelmäßig an der Wirklichkeit messen müssen - mit einer Ausnahme, der des Unendlichen, das wir weder messen noch sonstwie kontrollieren können. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einen (inzwischen verstorbenen) lieben Bekannten: Prof. Bechert, der später auch für zwei Perioden sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter war. Er war seit Ende der zwanziger Jahre einer der bedeutendsten theoretischen Physiker (d.h. für die damalige Zeit auch: Kernphysiker). Nach dem Krieg wurde er als Direktor des Instituts für theoretische Physik an der neu errichteten Universität Mainz berufen (wo ich Medizin studierte).

Karl Bechert war (1949 ?) bei einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung der evangelischen Studentengemeinde und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Studenten Referent und Diskussionsteilnehmer. Er vertrat unerschütterlich die These, die Ergebnisse seiner Forschungsarbeiten müsse er nicht vertreten, denn er habe sie ja nicht erfunden, sondern nur gefunden. Tatsachen könnten nicht gewissermaßen "politisch" verteidigt werden.

Wenige Jahre später (inzwischen war die Öffentlichkeit durch "Kampf dem Atomtod" aufgeweckt worden) forderte K.Bechert öffentlich und mit Nachdruck, von den Forschern zu verlangen, daß sie zu ihrer Arbeit und deren Ergebnissen stehen. Schließlich könne schlimmes Unheil abgewendet werden, wenn man "Erkenntnisse" verschweige (selbst wenn das den eigenen Forschungsruhm einschränke); oder aber, wenn lebensbedrohende Forschungsergebnisse bewußt publiziert würden, auch (und gerade dann) wenn der Staat dies verbieten wolle.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns noch einmal Gedanken machen über eine Information, die vor einigen Tagen über die Medien verbreitet wurde.

Da wurde zwischen Russland und den USA vereinbart, die in beiden Ländern noch vorhandenen virulenten Kulturen von Milzbrandernregern zu pflegen und zu erhalten. Zwar erscheine für eine abschließende Behandlung einer ursprünglich weltweit verbreiteten schlimmen Seuche das Beste zu sein, alle auffindbaren Erreger auszurotten. Da man aber damit rechne, daß organisierte Terroristen ebenfalls über Kulturen verfügten, müsse man die Reserven bewahren, um im Notfall Impfstoffe produzieren zu können.

Erste Folgerungen:

- 1.) Wir liefern uns der Gewalt des Terrorismus völlig aus. Das wäre aber auch eine gewisse Gefahr für die Demokratie, wenn Andere durch tatsächliche oder vorge-täuschte Aktionen bestimmen, was wir tun müssen.
- 2.) Vielleicht müssen wir extra neue Überwachungsorgane schaffen, wenn ähnliche Be-drohungen zunehmend "erkannt" werden und neue "prophylaktische" Apparate ein-gerichtet werden.
- 3.) Der Staat und seine öffentlich nicht mehr kontrollierten "Kontrollorgane" do-minieren zunehmend über die Bürger, die Menschen, für die er eigentlich da ist.
(Man sollte der Masse der soliden Sozialdemokraten doch nicht mehr den Vorwurf machen, sie vertrauten zu sehr auf den Staat).
- 4.) Bei allem bleibt: Wir müssen heute über schwierige Fragen unbedingt nachdenken, die vor 50 Jahren doch noch tabu waren. Das heisst aber auch: Unsere gewählten Vertreter müssen lernen und sie müssen sich über alles an der Quelle informieren, bevor sie den "Medien"folgen.

Letzte Woche war der 20.4.2002, "Führers" Geburtstag. Es ist doch erstaunlich, daß so ein Datum auch bei Leuten, die von diesem Führer nichts wissen wollten (und auch nichts wissen konnten) in der Erinnerung bleibt, als wäre es sonst irgend ein amtlich erlaubter oder gar angeordneter Termin. Das ist aber auch wahrscheinlich einer der Tricks der Herrschenden aus ihrem Beherrschungsarsenal. Man muß das sehen: Eingewöhnen ist möglich. Und das sich Erinnern an einen Feiertag ergibt sich aus der Gewohnheit. - Das haben seit Urzeiten religiöse und pseudoreligiöse (weltanschauliche) Gruppen genau so benutzt wie weltliche Herrscher. - Passen wir auf: die natürlich immer unvollkommene Demokratie ist durch Implantation von Gewohnheiten auch deformierbar.

Aber ich erinnere mich in diesen Tagen nicht deshalb an den 20.April. Nein, am 20.April 1945 begann für mich eine neue Zeit, ein neuer Lebensabschnitt.

Fange ich wenige Wochen früher an. Ich war (nicht-gesprungener) Fallschirmjäger und die Division, der ich angehörte, war in holländisch Friesland auf mehrere Dörfer verteilt untergebracht. Das ganze Land war überschwemmt; nur die Fahrbahnen der Landstraßen schauten noch aus der Wasser-wüste. (die Briten konnten durch diese Sperrmaßnahmen allerdings nicht aufgehalten werden).

Da bekamen wir an einem Abend im Februar den Befehl, mit Fahrrad und Gewehr die großen alleinstehenden Gehöfte aufzusuchen, um Pferde, Wagen und Wagenlenker zu requirieren. Mit den Wagen sollte unser Gerät und Geschirr zum nächsten größeren Bahnhof transportiert werden, von wo aus wir zu unserem Einsatzabschnitt dicht bei der deutschen Grenze gefahren werden sollten.

Als ich zu dem mir "zugeteilten" Bauernhof kam (abends bei Dunkelheit), merkte ich, daß man natürlich wütend war.

Aber dann veränderte sich langsam die Stimmung. Sie fragten mich, was ich junger Bub (den sie sichtbar bedauerten) gerne essen würde. Ich sagte, daß ich zuhause immer Haferflocken gegessen hätte.

Dann fragten sie mich nach meinen Eltern und ich sagte, daß mir nur bekannt sei, daß mein Vater als Sanitäter in der Gegend von Warschau sei, von meiner Mutter und Schwester wisse ich nichts.

Und auf einmal stand ein Teller mit Haferbrei vor mir. Als ich gegessen hatte (ach war das gut !) spannte der Bauer die Pferde ein und fuhr mit mir zu meiner "Einheit". Ich war zutiefst berührt. Aber erst in den letzten Jahren ist mir so recht klar geworden: so, und nur so macht man Frieden.

Wir zogen weiter, kamen bei Enschede an die Front und praktizierten einen verzögerten Rückzug (1 Schritt vor und 2 nach rechts).

Von Schüttorf nach Bentheim schossen wir einige Granaten auf das Schlossgelände unseres Kompaniechefs (der für uns Junge ein erkennbarer Nicht-Nazi war), Prinz zu Bentheim. Und so ging es mühsam vor und zurück, bis wir bei Oldenburg landeten. Am "Edewechter Damm" gruben wir uns ein. Die Engländer schossen so heftig, daß man den Kopf nicht aus der Deckung heben konnte. Da traf es meinen Nachbarn, der Schütze 1 (ich Schütze 2) war an dem MG, das wir zu bedienen hatten. Weit und breit war niemand zu sehen, der hätte helfen können. Ich schleppte den Freund bei MG-Feuer über die Straße in ein alleinstehendes Haus. In dem Haus befanden sich etliche Verwundete, aber niemand, der helfen konnte. Das Haus verlassen konnte ich auch nicht, weil es inzwischen von allen Seiten schoss. Ich signalisierte mit einem Leintuch, auf das ich mit Blut ein Kreuz gemalt hatte, daß Hilfe notwendig sei. Als ich wieder mit einem weissen Tuch winkte, tauchte drüben, vielleicht 30 Meter entfernt, ein deutscher Marinesoldat auf und rief: "du sollst machen, daß de rüber kommst, sonst kriegste eine verplättet".

Das war mein 20. April 1945. Der englische Soldat war freundlich; nahm mir meinen "Knochensack" ab ("den kann ich jetzt brauchen, für dich ist der Krieg vorbei").

Das zweite große Erlebnis: der verstand sofort mein Schulenglisch. Und er war als junger Mensch durch diesen Krieg genauso gequält wie wir.